

Ergebnis: Ganz wichtig, mit Wulst, Gründberlagen, kommt und geht! und der Abendbericht, für unter kleinen Daus", leidet den Zeitungen "Unterhaltung und Wissen". Die praktische Rau-  
tau", "Das gute Buch", "Wissenschaftliches Neugutjahr".  
Ausgabe A mit St.-Benedikt-A. 2,70  
Ausgabe B ohne St.-Benedikt-A. 2,20  
Wochenummer 10-4 Sonntagsnummer 20-4.  
Geschäftsführer: Dr. G. Deegel, Dresden.

Sonntag, 11. September 1932

Verlagsort: Dresden

Gesamtanzeige: Die Innenseite 30-4, Familien-  
anzeige u. Seitenanzeige 20-4. Die Zeitungsanzeige 10-4.  
Zeitung 4-4, die Zeitungsanzeige 1,30-4. Preisge. 30-4. Am Rande  
höherer Preis erfordert jede Verpflichtung auf Werbung oder  
Werbung b. Anzeigen - Nutzungen u. Leistung v. Schablonen.  
Geschäftlicher Teil: G. Winkel, Dresden.

# Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung  
Dresden-Mittstadt 1, Böhlitzstraße 17, Gemeinde 2011  
und 21012

## Die Parteien machen Vorschläge

Ein neuer Versuch zur Verhinderung des Konflikts zwischen Reichspräsident und Reichstag

### Kampfspause am Sonnabend

#### Der Empfang am Dienstag

Berlin, 10. September.

Der Reichspräsident wird Dienstagmittag 12 Uhr die Vertreter der Reichstagsfraktionen der Nationalsozialisten, des Zentrums und der Baergerischen Volkspartei gemeinsam in Gegenwart des Reichskanzlers empfangen, um ihre Aufführung zur politischen Lage entgegenzunehmen. Diese Ankündigung ist das wichtigste und absliechende Ergebnis des Freitag, von dem man ursprünglich eine gewisse Entscheidung der weiteren innerpolitischen Lage erwartet hatte. Diese Entscheidung ist nicht eingetreten, sondern mit dem Empfang der Fraktionsvertreter auf Dienstag verschoben worden.

Freitagnachmittag und -Abend sind die Unterhändler des Zentrums und der Nationalsozialisten wieder beisammen gewesen, um die Frage zu klären, ob eine hingezogene Taktik, durch die der Reichstag zunächst noch einmal vertagt würde, heute noch Sinn habe oder ob sie durch Fortsetzung der Anträge gegen die Reichsregierung schon in der ersten Hälfte der Woche klare Bahn schaffen sollen. Diese Befriedigung konnte noch nicht zu einem abschließenden Ergebnis führen, weil die beiden Parteien erst einmal sehen müssen, was bei dem Empfang am Dienstag herauskommt. Bis dahin ist die Entscheidung zunächst verschoben und es läuft sich noch nicht einmal sagen, ob sie schon dann fällt; genau so gut ist es möglich, daß wir Dienstagnachmittag wieder vor derselben Situation und Fragestellung stehen wie heute.

bd. Berlin, 10. September. Im Reichstag war am Sonnabend von Verhandlungen der Parteien nichts zu bemerken. Das Schwergewicht der politischen Besprechungen wird in den ersten Tagen der nächsten Woche liegen. Nationalsozialisten und Zentrum sind jedenfalls bemüht, ihre Verhandlungen so zu fördern, daß dem Reichspräsidenten bei dem Empfang der Führer der beteiligten Parteien am Dienstagmittag nach Möglichkeit schon wenigstens in großen Umrissen positive Vorschläge gemacht werden können.

Zu der Plenarsitzung des Reichstags, die am Montagnachmittag 3 Uhr stattfindet, wird der Andrang wieder außerordentlich stark sein. Die Tribünenkarten sind wie zur

ersten Sitzung schon vergriffen. Die Sitzung wird lediglich der Entherrschung der Regierungserklärung gewidmet sein, die Reichskanzler v. Papen abgeben wird.

Dann wird der Reichstag bis Mittwoch verlegt werden, um inzwischen die notwendige Klärung beim Reichspräsidenten herbeizuführen.

Auf Montagvormittag haben jetzt sämtliche 6 Reichstagsfraktionen Sitzungen anberaumt, um die kommenden Reichstagsberatungen vorzubereiten und die politische Lage zu erörtern. Außerdem hält der geschäftsführende Vorstand des Zentrums eine Sitzung ab. Der Weitestenrat ist bisher nicht einberufen.

Durch diesen Empfang wird noch einmal eine Möglichkeit geboten, die Reichstagsauflösung, die unter den gegebenen Umständen einen Sprung ins Dunkle bedeuten würde, zu vermeiden. Allerdings kann nicht erwartet werden, daß der Empfang der Fraktionsführer bei Hindenburg sofort eine Klärung der vorworfene Lage bringen wird.

Vielleicht kann bestens mit einem Ausschuß der Entscheidung über den Reichstag gerechnet werden.

Bemerkenswert ist, daß der Empfang erst nach der Regierungserklärung des Kanzlers vor dem Reichstag stattfindet. Das mit kommt zum Ausdruck, daß der Reichspräsident an sich den Kanzler noch wie vor seinem Willen vertraut gewußt. Das kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß Herr v. Papen zu dem Empfang der Fraktionsführer hinzugezogen wird.

Andererseits möchten wir doch die Deutung ablehnen, als ob der Empfang der Fraktionsführer nur ein taktisches Manöver wäre

und der Reichspräsident von vornherein entschlossen sei, die Vorschläge der Fraktionen abzulehnen, aber nur vor dem Offentlichen den Schein zu wahren, daß er die Fraktionen gehört habe. Vielleicht glauben wir, daß der Reichspräsident die Gewichtigkeit der Einwendungen, die von Seiten der Fraktionen im wahrlichen Interesse gemacht werden, anerkennen und einen Weg suchen wird, auf dem der offene Konflikt mit dem Reichstag und damit ein Wahlkampf, bei dem die Person des Reichspräsidenten zwangsläufig in den Mittelpunkt der politischen Debatte gestellt werden müßte, vermieden wird.

### Klarheit!

Von L. K.

Am Montag wird der Reichskanzler mit seiner Programmrede vor den Reichstag treten, deren wesentlichen Inhalt wir aus seiner Münsterer Rede und der inzwischen ergangenen Notverordnung kennen. Das Gespenst der Reichstagsauflösung — 1½ Monate nach seiner Wahl — gefiert als Kinderstück herum, obwohl außer der Reichsregierung kein Mensch in Deutschland verloren kann, inwiefern der dann neu gewählte Reichstag wesentlich anderes Aussehen haben sollte als der jetzige. Soll etwa durch fortgesetztes Wählenmüssen dem deutschen Volke langsam, aber sicher die Demokratie vergällt werden? Noch wollen wir keine endgültige Antwort auf diese und andere Fragen geben; aber Klarheit muß sein über das, was die Zentrumspartei am Vorabend der Regierungserklärung zu sagen hat.

Die Reichsregierung wird mit einem festumris-  
senen Programm vor die Vertreter des deutschen Volkes hintreten. Sie selbst und die ihr ergebene Presse tun sich viel zugute darauf, daß hier eine Tat stehe, während bisher nur im Stadium dauernder Erwägungen „fortgewurstelt“ worden sei. Die ehrliche Wahrheitsliebe gebietet, festzustellen, daß einmal seit 2—3 Monaten, völlig unabhängig von den deutschen innerpolitischen Vorgängen, in der Weltwirtschaft ein Krise umschwung sich anzubauen scheint, der jedem Lande und jeder Regierung nicht blos Herrn v. Papen, eine große Chance bietet. Und daß zum anderen ein gut Teil der jetzt erfolgenden „Taten“ überhaupt nicht möglich wäre, wenn nicht die klug abwägende Politik der früheren Regierungen, insbesondere die außenpolitischen und wirtschaftlichen Maßnahmen Brünnings, die Voraus-  
setzungen dafür geschaffen hätten.

Das Zentrum ist nie so kleinlich gewesen, einen Plan bloß deshalb als schlecht abzulehnen, weil sein Vertreter bzw. Ickher ihn persönlich mißt. Was an dem gesamten Wirtschaftsplan der Papen-Regierung gut ist, werden wir unterstützen. Aber soweit geht diese Objektivität nicht, daß wir einfach blindlings alles für gut und richtig finden, nur weil es „oben“ kommt. Unsere schwersten Bedenken müssen wir dagegen anmelden, daß der Anfang der Wirtschaftsanstrengung nur auf Kosten der breiten Volksmassen geht, denen erst für die Zukunft etwas Positives versprochen wird. Wir zweifeln gar nicht an dem guten Willen des Reichspräsidenten von Hindenburg, daß die soziale Lage der unteren Volkschichten gewahrt bleibt, aber wir zweifeln sehr stark daran, ob alle jungen Machthaber, die vor uns besonders die hinter den Kulissen, denselben ehrlichen Willen zu sozialer Selbsttötung Haltung haben, ob die nun in Macht stehende Volksmacht, die in Bezug auf die Sozialversicherungen dem Reichsstabnett gegeben worden ist, wirklich mit dem Amt nach beiden Seiten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, gebraucht werden. Und deshalb können wir keiner Regierung, sie mag heißen wie sie will, auf lange Sicht zugestehen, ohne Kontrolle der geschehenden Wirtschaftsmaßnahmen in ihrer Maßnahmen zu treten. Die Reichsverfassung hat mit bewußter Absicht die Regierungsgewalt nicht einheitlich dem Reichspräsidenten gegeben, sondern neben ihm gleichberechtigt den Reichstag gestellt. Und es ist mehr als verdächtig, wenn Herr von Papen in Münster und anderswo bewußt alle Parteien, den Reichstag arbeitsfähig zu machen, als „Kulissenpiel“ hinstelle, so als ob nach seinem Wunsch und Willen die Regierung auf die Dauer jede Kontrolle durch das Volk grundsätzlich ablehnen möchte.

Uns geht es nicht um Ministerposten oder Koalitionen, sondern darum, daß der Geist der Verfassung nicht durch schöne Redensarten erstickt wird. Wenn man manchesmal schlagwortartig die Bemerkung hört: „wenn es um das Wohl des ganzen Volkes geht, dann darf der Buchstabe der Verfassung nicht im Wege stehen“, so warnt das Zentrum eindringlich vor solchen gefährlichen Praktiken, gefährlich deshalb, weil dann die deutsche

## Wird Washington stunden?

Deutschlands Verlangen nach einem Zahlungsausschuß

Washington, 10. September. Die Verhandlungen zwischen dem deutschen Geschäftsträger Seitzer und Finanzminister Mills über den Ausschuß der am 30. September fälligen deutschen Zahlungen für Belastungsosten und Kriegsschäden amerikanischer Bürger, haben begonnen, aber noch nicht zu einer formellen Proklamation des deutschen Moratoriums geführt. Vorher sind mehrere Fragen zu erledigen, damit das Moratorium eingeschlossen von der amerikanischen Regierung entgegenommen werden kann.

Es regelt z. B. die im Schuldenabskommen vorgezeichnete Benachrichtigungsfrist von 3 Monaten, die auf deutscher Seite mit Rücksicht auf die damals schwedenden Lausanner Verhandlungen nicht eingehalten worden ist, sowie die Frage der Zahlungen für private Kriegsschäden, auf die ganz zu verzögern gewisse Schwierigkeiten bestehen, da die Anspruchsbedingungen auf Beleidigung dringen und laut Friedeabkommen von 1928 auch die Auszahlung von amerikanischen Entschädigungen an Deutsche, deren Eigentum hier im Weltkrieg konfisziert worden ist, durch die Nichtbefriedigung der amerikanischen Gläubiger verzögert wird. Man nimmt an, daß sich angeholt des beiderseitigen Wunsches nach baldiger Vereinigung dieser privaten Ansprüche bald ein Kompromiß finden lassen wird.

Von der amerikanischen Presse wird der Angelegenheit großes Interesse entgegengebracht, weil es sich um den ersten wichtigeren Fall seit dem Ende des Hoover-

-Moratoriums handelt, in dem eine fremde Regierung einen Zahlungsausschuß erstrebt, und weil man hierin einen Präzedenzfall für die Handlung der Alliierten sieht, die sich bis zum 15. September äußern

müssen, falls sie am 15. Dezember ebenfalls ein Moratorium erläutern wollen.

### Das Dampfer-Unglück in New York

New York, 10. September. Auf einem Fährboot auf dem East-River in New York hat sich am Freitagmittag eine schwere Explosion ereignet, die zahlreiche Todesopfer gefordert hat.

Nach den letzten Meldungen sind bei dem Unglück 30 Menschen getötet worden. 58 Fahrgäste wurden teilweise schwer verletzt, doch viele von ihnen taum mit dem Leben davongekommen. Jahrzehnte Überlebende sind der Meinung, daß die Explosion auf die Überlastung der Heizungsanlagen, die bereits 24 Jahre lang im Gebrauch waren, zurückzuführen ist. Der 24 Jahre alte Kapitän des Unglücksbootes ist jedoch verstorben, doch er blieb noch nicht verstört werden können; sein Vater, der als Steuermann auf dem Boot Dienst tat, befindet sich unter den Toten.

### Bombenexplosion vor zwei New Yorker Theatern

New York, 10. September. Vor zwei in verschiedenen Stadtteilen gelegenen kleinen Theatern ereigneten sich gestern Bombenexplosionen, als die Theaterbesucher gerade die Vorstellung verlassen wollten. Es wurde nur Sachschaden an den Ausgangstüren und in der Nachbarschaft angerichtet, wo eine Reihe von Schaufensterscheiben in Trümmer gingen. Die Toten wird mit der in der Arbeiterschaft herrschenden Erregung in Zusammenhang gebracht.